

## **L1NEU** Leitantrag - Zeitenwende - Was Thüringen jetzt tun muss

Gremium: LaVo  
Beschlussdatum: 22.05.2022  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge  
Status: Modifiziert

### Antragstext

1 Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Seit dem 24.02.2022 ist Frieden in  
2 Europa kein Normalzustand mehr. Der aggressive Angriffskrieg von Russland gegen  
3 die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende in Europa und Deutschland, mit  
4 weitreichenden Konsequenzen auf unser aller Leben, auf alle Felder der  
5 Politik. Es braucht eine neue Sicherheitsarchitektur, die die Verteidigungs- und  
6 Aussenpolitik ebenso umfasst, wie die Landwirtschafts, Energie- und  
7 Wirtschaftspolitik.

8 Gleichzeitig ist die Corona-Pandemie nicht vorbei, so sehr wir uns das alle  
9 wünschen würden. Die Expert\*innen sind sich weitgehend einig, dass spätestens im  
10 Herbst die Gefahren durch das mutierende Virus wieder ansteigen. Indizien dafür  
11 gibt es bereits jetzt. Hier müssen wir verhältnismäßige, wirksame Werkzeuge  
12 rechtzeitig zur Verfügung stellen, um keine Verschärfung der Krise herauf zu  
13 beschwören. Wir müssen dabei mit Widerstand anderer Parteien in Land und Bund  
14 rechnen. Und diese aktuellen Krisen finden auf dem Hintergrund der durch uns  
15 Menschen verursachte Klimakrise und dem Artensterben statt, die manchmal kaum  
16 merklich, aber unaufhaltsam dabei sind, die Lebensgrundlage auf unserem Planeten  
17 unwiederbringlich zu zerstören.

18  
19 Seit dem 24.02. stehen nun alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck  
20 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Dieser Krieg hat bereits  
21 tausende Tote gefordert, Millionen müssen vor Tod und Folter aus ihrer Heimat  
22 fliehen, ein Ende ist nicht abzusehen. Er stellt einen eklatanten Bruch des  
23 Völkerrechts dar, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht, auf die  
24 Demokratie und auf die Menschenrechte. Die Kriegsverbrechen von Butscha und  
25 Irpin beweisen, wie brutal, rücksichtslos und maßlos Putin seinen völkisch-  
26 faschistischen Imperialismus durchsetzen will. Der Ukraine muss deshalb jede  
27 Hilfe zur Selbstverteidigung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb  
28 ausdrücklich die klare, wertorientierte und bündnisorientierte Außenpolitik von  
29 Annalena Baerbock ebenso wie die umfassenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen  
30 gegen Russland. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, allen voran  
31 von Robert Habeck, möglichst schnell unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus  
32 Russland zu werden und die Energiewende unter Hochdruck voranzutreiben. Wir  
33 können es uns nicht erlauben, uns wieder von den fossilen Rohstoffimporten  
34 anderer Länder abhängig zu machen. Außerdem unterstützen wir alle Mittel für  
35 humanitäre Hilfe vor Ort. Der Krieg wird aber nicht nur gegen die Ukraine  
36 geführt, er ist auch ein Krieg gegen die Länder dieser Welt, die auf  
37 Lebensmittelimporte angewiesen sind. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die  
38 Bemühungen von Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem

39 Özdemir internationale Koalitionen zur Bekämpfung der entstehenden Hungerkrise  
40 zu schmieden und die europäische Lebensmittelpolitik an den Engpässen durch den  
41 Nahrungskrieg von Putin auszurichten und dabei vor allem auch die materiell  
42 weniger wohlhabenden Länder mitzudenken.

43

#### 44 **Waffenlieferung ohne Aufrüstungsspirale**

45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Thüringen eine Partei, die aus der Umwelt und  
46 Friedensbewegung innerhalb der DDR, die aus den Bürgerbewegungen der friedlichen  
47 Revolution entstand. Dabei stand der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik, die  
48 das Ziel einer (Atom-)waffenfreien Welt im Blick hat, immer im Zentrum. Die  
49 Entscheidung nun in eine Krisenregion Waffen aller Art zu schicken, stellt uns  
50 vor schwierige Gewissensentscheidungen. Auch wenn wir angesichts der Lage in der  
51 Ukraine mehrheitlich zu dieser Entscheidung gelangen, stellt es für viele von  
52 uns eine Zumutung dar. Klar ist, dass wir diese Situation keinesfalls als  
53 Blaupause verstehen und damit eine völlige Abkehr von unserer bisherigen  
54 Friedenspolitik eingeleitet wird. Vielmehr wird durch diese Situation klar, wie  
55 wichtig eine wertegeleitete, nicht nur an Handels- und Territorialinteressen  
56 orientierte Außenpolitik ist. Und wir wissen, welchen wichtigen Anteil für  
57 Friedensprozesse die Auseinandersetzung und die Wertschätzung des Pazifismus in  
58 seinen verschiedenen Erscheinungsformen spielt. Klar ist auch, dass die  
59 Vernachlässigung von aufmerksamer und kluger Abrüstungspolitik bei nachlassender  
60 Wehrhaftigkeit unserer Bündnisse keine guten Ergebnisse bringen. So stehen wir  
61 dazu der Ukraine alles zu liefern, was sie braucht, um ihr Land effektiv zu  
62 verteidigen, da die Situation hier im Gegensatz zu den meisten Krisen und  
63 Konflikten so klar und eindeutig ist. Russland als militärische Großmacht  
64 überfällt völkerrechtswidrig, getrieben von einer imperialen nationalistischen  
65 Ideologie, einen kleineren Nachbarn mit dem (ursprünglichen) Ziel, dessen  
66 Existenz auszulöschen. Die Ukraine als souveräner, demokratischer Staat nimmt  
67 lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahr. Ein Ausbleiben der Unterstützung  
68 würde global einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen, der völkerrechtliche  
69 Prinzipien aushebelt und anderen Großmächten als Vorbild dienen kann, in ein  
70 anderes schwächeres Land einzumarschieren. Auch für die Sicherheitslage in  
71 Europa wäre ein russischer Sieg in diesem Krieg fatal.

72

73 Auf der anderen Seite ist jedoch klar, dass es nicht zu einer Aufrüstungsspirale  
74 kommen darf. Deshalb stehen wir dem 100MRD Sondervermögen kritisch gegenüber.  
75 Wir müssen zwar feststellen, dass die Bundeswehr in einem schlechtem Zustand  
76 ist. Für uns ist klar, dass unsere Bundeswehr in der Lage sein muss ihren  
77 Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen. Die Vergangenheit hat  
78 allerdings gezeigt, dass pauschale Geldbeträge nicht weiterhelfen. Die  
79 Finanzierung der Bundeswehr ist in den letzten Jahren massiv gestiegen.  
80 Deutschland gibt bereits jetzt im internationalen und europäischen Vergleich  
81 enorme Summen für Rüstung aus. Eine deutliche Verbesserung der Bundeswehr, der  
82 Ausstattung und der Handlungsfähigkeit blieb allerdings aus. Es muss daher  
83 sichergestellt werden, dass weder Sondervermögen noch ein höherer Wehretat in  
84 komplizierten Beschaffungssystemen oder teuren Beraterverträgen versickert.  
85 Daher müssen zuerst die Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr massiv reformiert  
86 werden. Für die nötigen Investitionen braucht es einen dezidierten Plan, um die  
87 notwendige Ausrüstung klug anzugehen. Außerdem muss es mehr Investitionen in  
88 Katastrophenschutz und Cybersicherheit geben, die sind bei einer notwendigen  
89 Ausstattung zur Landesverteidigung ebenfalls so essenziell wie eine gut

90 ausgestattetete Bundeswehr.

91 **Solidarität mit den Geflüchteten - Integration jetzt vorantreiben**

92  
93 Etwa 17.000 Menschen aus der Ukraine haben bis Mitte Mai in Thüringen Zuflucht  
94 gefunden, größtenteils Ältere, Frauen und Kinder, und es ist wahrscheinlich,  
95 dass es noch deutlich mehr werden. Die von Anfang an große Hilfsbereitschaft der  
96 Thüringerinnen und Thüringer war und ist überwältigend.

97  
98 Doch leider stellen wir fest, dass die Hilfsbereitschaft, aber auch die  
99 Flexibilität der Behörden nicht allen Geflüchteten gegenüber gleich groß ist.  
100 Bundestag und Bundesrat haben für alle ukrainischen Geflüchteten den Wechsel vom  
101 Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch beschlossen. Das ist ein  
102 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er darf aber nicht zu geflüchteten  
103 Menschen 1. oder 2. Ordnung führen. Geflüchtete aus anderen Ländern haben immer  
104 wieder mit starken alltäglichen Rassismen, geringerer finanzieller Unterstützung  
105 und höheren Hürden beispielsweise bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu  
106 kämpfen. Dabei verdienen alle Geflüchteten gleichermaßen bestmögliche  
107 Unterstützung. Das Ziel muss sein, die Größzügigkeit im behördlichen Umgang mit  
108 den Ukrainegeflüchteten auf alle Geflüchteten auszuweiten und schnelle,  
109 dezentrale Unterbringung, sofortige Arbeitserlaubnis und Bildungs- und  
110 Integrationsangeboten von Anfang an für alle zu ermöglichen.

111  
112 Durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Ehrenamtlichen sind  
113 viele ukrainische Geflüchtete inzwischen gut in Thüringen angekommen. Das wurde  
114 auch durch den Strukturaufbau aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2014/2015  
115 möglich. Leider zeigt sich jetzt aber, dass die Kommunen noch nicht ausreichend  
116 darauf vorbereitet sind, in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufzunehmen. Mehr als  
117 die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sind bei Verwandten, Freunden oder bei  
118 Privatpersonen untergekommen. An vielen Orten kümmern sich Ehrenamtliche,  
119 Landsleute, Tafeln, zivilgesellschaftliche Initiativen, Religionsgemeinschaften  
120 oder Vereine um die Lebensmittelversorgung, die Vermittlung von Wohnraum, die  
121 Beschaffung wichtiger Medikamente oder das Dolmetschen bei Behördengängen. Die  
122 Ehrenamtlichen haben damit vor allem in den ersten Wochen bei der Aufnahme und  
123 Versorgung von Geflüchteten einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ehrenamtliches  
124 Engagement kann jedoch funktionierende staatliche Strukturen nicht dauerhaft  
125 ersetzen. Daher müssen wir nun alles daran setzen, die ehrenamtliche Arbeit mit  
126 den Geflüchteten finanziell besser zu unterstützen und in möglichst  
127 professionelle Strukturen zu überführen. Kommunen müssen sich vor dem  
128 Hintergrund der aktuellen Erfahrungen fit machen, um in Zukunft auf hohe Zahlen  
129 von Geflüchteten besser vorbereitet zu sein. So braucht es Notfallpläne für  
130 große Fluchtbewegungen, schnellere Registrierungsverfahren, kommunale  
131 Integrationskonzepte, eine Personalreserve in den Verwaltungen und kurzfristig  
132 einzusetzende Freiwilligen- und Ehrenamtskoordinator\*innen.

133  
134 Niemand kann derzeit sagen, wie lange die ukrainischen Geflüchteten bei uns  
135 bleiben werden. Trotzdem müssen nun die Bemühungen darauf fokussiert sein, die  
136 Integration voranzubringen. Der Bund ist seinerseits aufgefordert, die Länder  
137 und Kommunen verlässlich finanziell zu unterstützen und die Mittel für die  
138 Integrationskurse, die Migrationsberatung aber auch die psychosoziale Beratung  
139 deutlich auszubauen. Darüberhinaus sind die vielen Integrationsangebote der  
140 vielfältigen Trägerlandschaft im Land wichtig. Sie brauchen dringend Sicherheit

141 für die Finanzierung ihrer Projekte. Diese wird durch die von der CDU erzwungene  
142 globale Minderausgabe erschwert. Der Migrationsetat des Landes muss daher in der  
143 aktuellen Situation über einen Nachtragshaushalt oder ein Sondervermögen von der  
144 globalen Minderausgabe befreit werden. Durch ein Integrationsförderungsgesetz wollen  
145 wir die Finanzierung dieser Projekte langfristig sicherstellen.

146  
147 Vor allem die ukrainischen Kinder und Jugendliche müssen nun zur  
148 Traumabewältigung und Integration schnell in die Kindergärten und Schulen  
149 aufgenommen werden. Das stellt die Kommunen vor besondere Herausforderungen, die  
150 vielerorts schon volle Schulen und Kindergärten haben. Es braucht dazu eine  
151 Ausweitung der Rahmenkapazitäten der Kindergärten und zusätzliches Personal. Die  
152 Sprachförderung in "Deutsch als Zweitsprache" und die muttersprachliche Bildung  
153 müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte  
154 Anerkennungsverfahren den Einsatz ukrainischer Erzieher\*innen und Lehrkräfte  
155 einfacher zu ermöglichen. Den ukrainischen Kindern und Jugendlichen soll zudem  
156 die Gelegenheit gegeben werden, ergänzend am ukrainischen Onlineunterricht  
157 teilzunehmen.

158  
159 Migration, Integration und die Aufnahme von Geflüchteten ist kein temporäres  
160 Projekt, sondern in einer globalisierten Welt eine Daueraufgabe. Um dieser  
161 Aufgabe zukunftsorientiert in hoher Qualität gerecht zu werden braucht Thüringen  
162 ein eigenes Landesamt für Migration, das dem fachlich zuständigen Ministerium  
163 zugeordnet ist. Wir wollen die rechtlichen, personellen und sächlichen  
164 Grundlagen für dieses Amt schaffen. Dann können auch die dringend nötigen  
165 Verbesserungen in den Erstaufnahmestellen des Landes ermöglicht werden, damit  
166 schutzsuchende Menschen würdevoll in unserem Land ankommen können.

## 167 168 **Energiewende bedeutet Energiesicherheit**

169  
170 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat eine  
171 Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber  
172 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der  
173 Klimakrise vorher, u. a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteausfälle, welche die  
174 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,  
175 günstige und saubere Energieversorgung! Deshalb müssen und wollen wir eine  
176 Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen  
177 mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur  
178 schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln. Dazu ist eine sofortige,  
179 stärkere und dauerhafte Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt auf Energiewende,  
180 Energieeffizienz und Klimaschutz dringend notwendig.

181  
182 Es rächt sich, dass die Große Koalition Deutschland ohne Not immer weiter in  
183 eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben. Bündnis90/die  
184 Grünen haben fortlaufend vor dieser Entwicklung gewarnt, haben Nordstream II  
185 nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der geostrategischen  
186 Gefahr entschieden abgelehnt.

187 Treiber der hohen Preise in allen Bereichen, auch in der Nahrungsmittelindustrie  
188 sind die teuren fossilen Energien, ist die fossile Inflation. Sie belastet vor  
189 allem Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Abhängigkeit von Russland,  
190 künstliche Verknappung durch fossile Konzerne und Spekulationen schießen die  
191 Preise in die Höhe. Sie sorgen für Rekordgewinne bei Öl-, Gas- und

192 Kohlekonzernen und finanzieren zusätzlich unerträglicherweise Putins Krieg. Die  
193 Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, die Folgen des Energiekrieges und des  
194 Nahrungsmittelkrieges sind auch sehr deutlich in Thüringen zu spüren.

195 Deshalb gilt es, Importmengen fossiler Energieträger besonders aus russischen  
196 Quellen so schnell wie möglich durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den  
197 Verbrauch zu reduzieren, sowie Sondergewinnsteuern auf die Krisenprofite der  
198 fossilen Wirtschaft einzuführen, mit denen eine echte Entlastung der  
199 Bürger\*innen finanziert werden kann. Mittel- und langfristig aber muss alle  
200 Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden.  
201 Thüringen zahlt jedes Jahr 2 Mrd. Euro für ausländische Energieimporte, die viel  
202 besser in regionale Wertschöpfungsketten investiert wären.

#### 203 *Weg vom Erdgas*

204  
205 Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu  
206 die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon  
207 zuletzt rund 55 Prozent aus Russland. Eine schnelle Diversifizierung der  
208 Gasversorgung ist notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame  
209 Anstrengung der europäischen Gemeinschaft. Wir sehen die derzeitigen  
210 Anstrengungen sofort LNG-Terminals in Deutschland zu errichten sehr kritisch,  
211 erkennen jedoch an, dass diese notwendig sind, um der Abhängigkeit von  
212 russischem Erdgas zu entkommen. Sie müssen jedoch H2-ready konstruiert sein,  
213 sodass die Umstellung auf grünen Wasserstoff einfach möglich ist, um bis  
214 spätestens 2035 vollständig aus der Nutzung von fossilem Gas auszusteigen. Der  
215 Aufbau neuer Gasinfrastrukturen darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue  
216 langfristige Importabhängigkeiten von fossilen Rohstoffen geschaffen werden.

217 Biogas sollte, auch wenn es in Thüringen schon weitgehend ausgreizt ist, dennoch  
218 aufmerksam evaluiert werden. Wir begrüßen es, dass tagesaktuell  
219 branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf  
220 Thüringer Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden.  
221 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir  
222 kontinuierliche Energiedialoge und Notfallpläne für sinnvoll.

223

#### 224 *Weg vom Öl*

225  
226 Dank der Anstrengungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist die  
227 Importabhängigkeit in kürzester Zeit von russischem Öl von 35% auf nunmehr 12%  
228 gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Importstopp.  
229 Gerade vor dem Hintergrund der stark von russischen Öllieferungen abhängige  
230 Wirtschaft Thüringens unterstützen wir die aktuellen Bemühungen der  
231 Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock  
232 und Gdańsk/Danzig. Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs setzen wir uns für ein  
233 Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf  
234 fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der private und öffentliche Fahrzeugbestand  
235 muss zügig weiter elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum  
236 durch bessere Taktungen (Militärsgarantie) ausgebaut werden. Das 9-Euro-Ticket  
237 sollte schnell evaluiert und möglichst verstetigt werden. Zur Steigerung der  
238 Attraktivität des Radverkehrs sollten schnell und unbürokratisch neue Radwege  
239 und -streifen errichtet und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und  
240 Haltepunkten eingerichtet werden. Bei finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für  
241 Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger

242 Einkommen durch zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten  
243 wir hingegen für falsch. Einsparungen und Effizienzsteigerung haben ein noch  
244 immer ungeheures Potential. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der  
245 Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von  
246 Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken. Besonderes Potenzial  
247 hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche  
248 Anpassungen im Gebäudesektor. Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im  
249 Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung  
250 müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Ebenso müssen  
251 energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden und der Einbau von Wärmepumpen  
252 stärker finanziell gefördert werden, im Zweifel auch durch eine entsprechende  
253 Erweiterung des Landesförderprogramms Wärmelvest. All diese Maßnahmen müssen  
254 mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

### 255 256 *Hin zu Erneuerbaren Energien*

257  
258 Wir unterstützen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen  
259 auch in Thüringen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien  
260 umsetzen. Dies ist zur Standortsicherung der Thüringer Industrie unerlässlich.

### 261 262 - Windkraft -

263  
264 Die Windkraft macht uns unabhängiger von Energieimporten und steigert die  
265 Versorgungssicherheit Thüringens, Sie liefert in Thüringen günstig und  
266 umweltfreundlich Energie, schafft vor Ort Arbeitsplätze, Wertschöpfung und  
267 Infrastruktur. Sie lässt sich über Wärmepumpen, Straßenbahnen, Züge und E-Busse  
268 auch zum Heizen und im Verkehr nutzen. Sie bringt z.B. über die Flächenpacht,  
269 die Gewerbesteuer oder direkte Zahlungen der Betreiber nach dem EEG Einnahmen  
270 für die kommunalen Haushalte, kann mit Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, ist  
271 rückstandslos rückbaubar und erzeugt keine Altlasten.

272 Der Windenergieausbau kommt aber bisher in Thüringen nicht voran, weil zu wenige  
273 Flächen bereitgestellt werden. Dabei gibt es noch viele geeignete Standorte, an  
274 denen Windenergieanlagen natur- und sozialverträglich errichtet werden können.  
275 Eine "Verhinderungsplanung" kann sich Thüringen finanziell und ökologisch nicht  
276 länger leisten. Deshalb fordern wir die Ausweisung von Vorranggebiete für  
277 Windenergie auf 2% der Flächen in ganz Thüringen, analog zur neuen Zielsetzung  
278 auf Bundesebene und die Abschaffung aller pauschalen Mindestabstände zu  
279 Windenergieanlagen. Die neuen Regelungen, die mit dem Sommerpaket im  
280 Planungsrecht bei Windenergieanlagen kommen werden, müssen möglichst schnell in  
281 die Praxis der Regionalpläne umgesetzt werden.

282 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise und Kommunen zur Unterstützung bei  
283 der Errichtung neuer Windkraftanlagen und Repowering von Windenergieanlagen an  
284 alten Standorten – zur Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Thüringen. Wir  
285 unterstützen besonders Bürgerwindparks sowie solche Projektierer, die nach dem  
286 Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten. Eine stärkere Einbindung der  
287 Bürger\*innen vor Ort bei der Planung neuer Windkraftstandorte verbessert die  
288 Akzeptanz, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

289  
290 Der Thüringer Wald ist krank, darunter leiden die Artenvielfalt und das  
291 Binnenklima. Der Wald als wichtiger CO2 Speicher fällt mehr und mehr aus. Auch  
292 die Forst- und Holzindustrie gerät dadurch in enorme Schwierigkeiten. Der Umbau

293 des Waldes hin zur Klimaresilienz ist eine Generationenaufgabe. Der gezielte und  
294 kluge Ausbau von Windkraftanlagen im Wald kann helfen die ökonomischen Folgen  
295 für die Waldbesitzer abzufedern und zur Energiewende beizutragen. Deshalb ist  
296 das Verbot von Windenergieanlagen im Wald für die heimische Wirtschaft, für den  
297 Wald selbst äussert schädlich und gehört sofort abgeschafft.

298

299 - Photovoltaik -

300

301 Die schnelle Abrufung von Solarinvest zeigt wie groß das Potenzial für  
302 Solaranlagen in Thüringen ist. Deshalb wollen wir die Förderung weiterentwickeln  
303 und das Solardach zum neuen Standard machen. Die Kommunen und kommunalen  
304 Unternehmen, aber auch die Landesregierung mit ihrer Vorbildwirkung sollen  
305 vorangehen und schnell Solaranlagen auf allen verfügbaren Dächer zu  
306 installieren. Außerdem braucht es einen konstruktiven Dialog mit dem  
307 Denkmalschutz. Mit gutem Willen und Phantasie können so aus Gegenspieler\*innen  
308 Partner\*innen werden. Auch die ungenutzten Potentiale von Flächen wie  
309 Randstreifen von Straßen, Parkplätzen, Deponien und unproduktiver Grünfläche  
310 sollen vermehrt genutzt werden.

311

312 - Wärmewende ist dezentral -

313

314 Die Wärmewende ist ein nicht zu unterschätzender Baustein hin zur Unabhängigkeit  
315 von fossilen Energieträgern. Hier sind vor allem die Stadtwerke im Land gefragt,  
316 die Wärmeversorgung umzustellen und stärker auf Biomasseanlagen, industrielle  
317 Abwärme, Solarthermie und Geothermie zu setzen. Kommunen wollen wir stärker  
318 darin unterstützen, lokale Wärmeanalysen und darauf aufbauend Wärmekonzepte zu  
319 erstellen und damit den Schritt Richtung erneuerbare Wärmeversorgung zu machen.  
320 Wir wollen darüber hinaus das Förderprogramm WärmeInvest weiterentwickeln, um  
321 auch den Umbau der Wärmeversorgung von Gebäuden auf Wärmepumpen oder Geothermie  
322 zu fördern.